Wissenschaftsstadt Darmstadt

IFOK.

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DARMSTADT

Protokoll

Erarbeitung der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung
für die Wissenschaftsstadt Darmstadt

6. Arbeitskreis
am 22. Januar 2015 in Darmstadt

Darmstadt/Bensheim, 28. Januar 2015

Anwesende Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Zivilgesellschaft

Herr Dr. Helmut Wolf (Lokale Agenda21)

Herr Joachim Klie (BDA Darmstadt)

Frau Ursula Weßling (Hausfrauenbund Darmstadt e.V.)

Frau Renate Brehm

Frau Jeanette Dorff (Praxisvertretung Gemeinwesenarbeit)

Herr Roman Röhrig

Herr Hans Jägemann (BUND Darmstadt)

Herr Hans-Heinrich Benda (IHK Darmstadt)

Politik

Herr Yücel Akdeniz (Grüne)

Frau Yasemin Aslan (SPD)

Frau Dorothee Schmitt (CDU)

Herr Wieland Weise (Uffbasse)

Verwaltung

Herr Jochen Partsch (Oberbürgermeister)

Herr Wolfram Cuntz (Eigenbetrieb Darmstädter Werkstätten und Wohneinrichtungen)

Herr Marc Herbert (Stadtplanungsamt)

Herr Michael Kolmer (Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung)

Herr Norbert Stoll (Straßenverkehrs- und Tiefbauamt)

Herr Damir Hajric (Amt für Interkulturelles und Internationales)

Frau Imke Jung-Kroh (Bürgerbeauftragte)

Protokoll der 6. Sitzung des Arbeitskreises zur Erarbeitung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung für die Wissenschaftsstadt Darmstadt

Zeitrahmen	22. Januar2015 von 17.00 – 20.30 Uhr
Ort	Raum Alkmaar am Luisenplatz 5 (4. Stock),64283 Darmstadt
Teilnehmer/innen	Siehe Teilnehmerliste
Moderation und Protokoll	Anke Vollmer, IFOK Dr. Michael Wormer, IFOK

Tagesordnung

- TOP 1: Begrüßung und Tagesordnung der Sitzung
- TOP 2: Aktuelles
- TOP 3: Gemeinsame Ausgestaltung der Präambel
- TOP 4: Zusammenfassende Präsentation der Rückmeldungen zum 5. Textentwurf und Klärung offener Punkte
- TOP 5: Sonstiges und Verabschiedung

Gemeinsamer Ausklang mit kleinem Imbiss

Anlagen zum Protokoll

- Anlage 01: 5.Textentwurf Leitlinien, Stand: 15. Januar 2015
- Anlage 02: Regelmäßige Beteiligungsangebote in Darmstadt (Anlage 05 im Textentwurf)
- Anlage 03: Sitzungspräsentation

TOP 1: Begrüßung und Tagesordnung der Sitzung

Oberbürgermeister Jochen Partsch begrüßt die Teilnehmenden zur 6. Sitzung des Arbeitskreises Bürgerbeteiligung. Er dankt den Mitgliedern des Arbeitskreises für ihr Engagement zur Erarbeitung von Leitlinien zur freiwilligen Bürgerbeteiligung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Er bezeichnet Bürgerbeteiligung als unabdingbare Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Die im Arbeitskreis erarbeiteten Spielregeln sollen transparent machen, wie man sich in Darmstadt an Vorhaben der Stadt beteiligen kann und Bürgerbeteiligung damit auf eine neue Ebene haben.

Der im Anschluss an die letzte Sitzung des Arbeitskreises im Oktober 2014 vorliegende Gesamttextentwurf wurde in der Zwischenzeit rege diskutiert. Neben der Möglichkeit zur Online-Kommentierung, konnten Bürgerinnen und Bürger Anregungen und Hinweise in zwei Bürgerwerkstätten einbringen. Außerdem wurde der Entwurf bei weiteren Gelegenheiten diskutiert und kommentiert, z.B. in der Stadtteilrunde Kranichstein, der Stadtviertelrunde Eberstadt Süd, von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, Akteuren aus der Wissenschaft, wie beispielsweise dem Sozialwissenschaftliches Qualitäts- und Transfernetzwerk, den Fraktionen, Ämtern und Dezernenten – diese Diskussion macht das große Interesse an den Leitlinien deutlich.

Im Rahmen der heutigen Sitzung sollen diese Anregungen und Hinweise aufgegriffen, der Umgang damit festgelegt und die Arbeit am Textentwurf abgeschlossen werden. Im Februar/März wird der Entwurf dann in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung eingebracht. An den Beschluss in den politischen Gremien soll sich die zügige Umsetzung und Anwendung der Leitlinien anschließen, um das Ergebnis der letzten Monate greifbar zu machen und eine neue Beteiligungskultur anzustoßen.

Oberbürgermeister Partsch übergibt das Wort an den Moderator Dr. Michael Wormer, IFOK. Nach der Begrüßung der Teilnehmenden stellt Dr. Wormer die Tagesordnung der Sitzung vor. Die Tagesordnung wird angenommen.

TOP 2: Protokoll und Aktuelles

Rückmeldung zum Protokoll des fünften Arbeitskreises

Das Protokoll wurde im Nachgang der letzten Sitzung im Umlaufverfahren abgestimmt.

Aktuelles

Es gibt keine aktuellen Rückmeldungen der Arbeitskreismitglieder.

TOP 3: Präambel

Die Präambel der Leitlinien soll im Rahmen einer Gruppenarbeit ausgestaltet werden. Dr. Wormer stellt kurz das Vorgehen vor. Die Vertreter von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung sollen jeweils einen Satz erarbeiten, der ihr Verständnis von Bürgerbeteiligung deutlich macht. Folgende Sätze wurden in den drei Gruppen erarbeitet:

„Für die Bürgerschaft ist die Beteiligung ein wichtiges Mittel, um – in Ergänzung bereits vorhandener Möglichkeiten – aktiv an Vorhaben des Gemeinwesens direkt teilzuhaben und an deren Gestaltung verantwortungsvoll mitzuwirken.“

„Für die Politik ist Bürgerbeteiligung ein wichtiges Instrument zur stärkeren Einbindung der Bürgerinnen und Bürger und führt zu einem vielfältigeren Entscheidungsprozess und zur Stärkung der demokratischen Grundstruktur.“

„Für die Verwaltung ist Bürgerbeteiligung ein Grundsatz, um transparent und effizient zu einer optimalen Aufgabenerfüllung für die Bürgerinnen und Bürger zu kommen.“

Aus dem Arbeitskreis wird angeregt, außerdem folgenden Satz zum gemeinsamen Verständnis der drei Gruppen aufzunehmen:

„Für alle drei Gruppen gemeinsam ist Bürgerbeteiligung ein Weg zur zukunftsfähigen Gestaltung der Stadtgesellschaft.“

Weitere Anmerkungen aus dem Arbeitskreis zum einführenden Absatz der Präambel:

- Vorziehen der Fußnote zur Erläuterung des verwendeten Bürgerbegriffs
- Ergänzung des Satzes „Entscheidungen werden damit auf Basis einer breiteren Wissensgrundlage *und umfassenderer Meinungsbilder* getroffen und sind besser nachvollziehbar.“

TOP 4: Zusammenfassende Präsentation der Rückmeldungen zum 5. Textentwurf und Klärung offener Punkte

Einleitend stellen Frau Jung-Kroh, Wissenschaftsstadt Darmstadt, und Anke Vollmer, IFOK, die Rückmeldungen mit Klärungsbedarf im Arbeitskreis kurz vor (Anlage 03). Folgende Empfehlungen werden im Arbeitskreis erarbeitet:

Klärungsbedarf Folien-Nr.(Anlage 03) SeiteTextentwurf[1](Anlage 01)	**Empfehlung**
Vorhabenliste (Folien 9f., Seite 15)	Das Vorgehen zur Erstellung/Fortschreibung der Vorhabenliste wird wie folgt angepasst: • Halbjährlich wird die gesamte Vorhabenliste der Stavo zur Kenntnis gegeben als Gesamtüberblick und zur Prüfung, ob weitere Vorhaben aufgenommen werden sollen. Anschließend Druck in größerer Stückzahl. • Einzelblätter können wöchentlich vom Magistrat beschlossen und anschließend veröffentlicht werden. • Ab dem Zeitpunkt der Aufnahme in die Vorhabenliste ist die Anregung von Bürgerbeteiligung zwei Monate lang möglich. Neue Einzelblätter werden visuell hervorgehoben; außerdem besteht die Möglichkeit sich per RSS-Feed kontinuierlich über neue Planungen und Projekte informieren zu lassen. • Aktualisierungen können direkt eingepflegt werden (ohne Beschluss der Gremien) Weitere Hinweise und Anregungen aus dem Arbeitskreis • Neuigkeiten auf der Vorhabenliste auch als Teil der Rubrik in den kostenlosen Stadtteilzeitungen bekannt machen

[1] Bei der Angabe der Seitenzahlen wird die Variante im Änderungsmodus zugrunde gelegt.

	• Aktualisierungen in der Tagespresse/Amtliche Bekanntmachungen veröffentlichen →zur Abwägung von Kosten und Nutzen sind hierfür in einem ersten Schritt die Kosten zu sondieren • Für Einzelblätter, die in der Zwischenzeit aufgenommen werden, muss es einen Grund (z.B. zeitlicher Druck) geben. Die ist bei der Evaluation in den Blick zu nehmen. Bei der Evaluation insbesondere prüfen, ob man durch dieses flexibilisierte Vorgehen (nun) Personen ausgrenzt
Feste Ansprechperson für Beteiligung (Folie 11, Seite 28)	• Die Benennung fester Ansprechpersonen für Beteiligung in den Fachämtern soll als sinnvolle Richtung angestrebt werden, muss aber auch realisierbar sein (da die Projekte i.d.R. auf viele Themen verteilt sind, ist die Themenbreite z.B. oft zu groß, so dass die Qualifikation nicht von einer einzigen Person gewährleistet werden kann). Wenn keine feste Ansprechperson benannt werden kann, ist der Amtsleiter i.d.R. die „erste Adresse“, um die Themen weiter zu verteilen; eine andere Option wäre die Einrichtung einer (neuen) Stelle, die mit Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit gekoppelt ist. • In den Leitlinien ggf. Servicestelle und Infoladen als zentrale Anlaufpunkte für Informationen stärker hervorheben • Weitere Idee für das Kapitel zu den Initiativmöglichkeiten, die auch in diesem Kontext Entlastung bringen könnte: Meldeplattform für Mängel/Verbesserungsvorschläge im Radverkehr ggf. erweitern und Mängel, die eingestellt werden, dann automatisiert an die entsprechenden Ämter zu verteilen

Stadtteilbeauftragte der Verwaltung (Folie 12, Seite 26)	Der Vorschlag zur Anpassung der Formulierung im Textentwurf wird angenommen: „Um inklusive Beteiligungsprozesse zu fördern, ist es notwendig, dass die Verwaltung regelmäßig in den Stadtteilen unterwegs ist und vor Ort bekannt ist. *In diesem Zusammenhang wird die Ernennung von Stadtteilbeauftragten der Verwaltung angeregt, die auch ressortübergreifend Ansprechpersonen sein sollten*." Weitere Hinweise und Anregungen aus dem Arbeitskreis • Verwaltungsmitarbeiter, die bei den Stadtteilforen dabei sind, sollten Ansprechpersonen sein • Mitarbeiter mit Sozialraumorientierung nutzen, sensibilisieren, was Aufgaben der Ansprechpersonen sind und was nicht, Verwaltung muss hierbei aber auch immer mit anderen Multiplikatoren zusammenwirken, Schnittstellenfunktion → Konstrukt müsste noch konkretisiert werden
Quote zur Einbindung von Migrantinnen und Migranten in Gremien (Folie 13, Seite 7)	Die Formulierung wird beibehalten, da nur bei der Frauen-Quote eine gesetzliche Grundlage gegeben ist. Bei der Umsetzung der Leitlinien soll auf eine zielgruppenspezifische Kommunikation und den Einsatz passgenauer Formate geachtet werden. Hierzu sollen entsprechende spezifische Empfehlungen (liegen derzeit für die Zielgruppe Jugendliche und für die Gender-Thematik vor) erstellt werden.
Aufnahme der Stadtwirtschaft (Folie 14, Seite 13)	In Abhängigkeit von der weiteren Diskussion kann ggf. eine Fußnote ergänzt werden, welche die zwei gegensätzlichen Diskussionspole (Verstärkung der Formulierung versus Entfernen der Stadtwirtschaft aus der Textpassage) transparent macht

Anlagen (ab Seite 32)	**Anlage 5: Regelmäßige Beteiligungsformate in Darmstadt** • Prüfen und ggf. ergänzen, an welchen Sitzungen man teilnehmen, aber nichts einbringen darf • Prüfen, ob weitere Angebote zu ergänzen sind, z.B. Runder Tisch Radverkehr, Projektgruppe zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Kommunaler Präventionsrat, Lokales Bündnis für Familie **Anlage 4: Quoren zur Anregung von Bürgerbeteiligung** • Frau Jung-Kroh erläutert, dass die zugrunde liegende Einteilung weiter geprüft wird. Für andere Planungszuschnitte bedürfe es jedoch zunächst politischer Beschlüsse bedürfen. Der gewählte Zuschnitt soll auch bei der Evaluation in den Blick genommen werden. **Anlage 6: Stufenleiter der Bürgerbeteiligung** • Im Text soll durchgängig von Stufe (und nicht von Grad) gesprochen werden; eine Erläuterung der einzelnen Stufen soll ergänzt werden

Weitere Empfehlungen aus dem Arbeitskreis:

- **Seite 8:** Formulierung „Diskussions- und Aushandlungsprozesse“ durchgängig verwenden; Fußnote ergänzen, dass der Begriff „Aushandlung“ hier in seiner soziologischen Deutung – und nicht formal-juristisch – verwendet wird.

  Das Stadtplanungsamt hat sich in einer Stellungnahme gegen die Verwendung des Begriffes "Aushandlungsprozesse" ausgesprochen. Zur Begründung: Bei der Aufstellung von Bauleitplänen (Bebauungspläne, Flächennutzungsplan) werden öffentliche und private Belange ermittelt (auch durch Beteiligungsmaßnahmen) und anschließend gegeneinander und untereinander *abgewogen*. Die Ergebnisse dieser *Abwägung* werden abschließend der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt. Vor diesem Hintergrund hält das Stadtplanungsamt die Bezeichnung „Aushandlungsprozess“ – auch mit dem Hinweis auf die soziologische Deutung – für nicht zutreffend.
- **Seite 12:** Beispielvorhaben aufnehmen, bei dem kein Gestaltungsraum besteht; Formelle Bürgerbeteiligung weiter erläutern
- **Seite 14:** Text zum Realisierungszeitraum → hier Hinweis, dass erster Satz sich auf Anfangszeit bezieht
- **Kapitel 4 Initiativmöglichkeiten:**In diesem Kapitel oder in Kapitel 5 (siehe nächster Punkt) ergänzen, dass der Arbeitskreis empfiehlt, dieses Thema weiterzubearbeiten

- **Kapitel Evaluation (derzeit Kapitel 3.8):** Evaluation als Kapitel 5 an den Schluss stellen

TOP 5: Sonstiges / Verabschiedung

- Um die Magistratsvorlage im März 2015 in die Stadtverordnetenversammlung einbringen zu können, benötigen wir Ihre Rückmeldungen zur Finalisierung des Leitlinienentwurfs schriftlich bis zum 6. Februar 2015 (siehe Mail an die Mitglieder des Arbeitskreises im Nachgang der Sitzung).
- Nach Beschluss in den politischen Gremien zeitnahe Erarbeitung einer Kurzfassung; bei Bedarf Einbindung des Arbeitskreises, z.B. über E-Mail-Verteiler. Die Kurzfassung in leichter Sprache soll mit fachlicher Unterstützung erstellt werden; erste Abstimmungen hierzu laufen bereits. Die Kurzversion soll vor allem mit Beispielen arbeiten, um die Inhalte zu veranschaulichen.

Abschließend dankt Frau Jung-Kroh allen Beteiligten für ihr Engagement. In den letzten Monaten konnte man viel lernen. Jetzt gilt es, die Empfehlungen umzusetzen und die Leitlinien damit „anfassbar“ zu machen. Es wäre schön, wenn alle Beteiligten auch zukünftig gemeinsam an einem Strang ziehen würden, um die Leitlinien zur Bürgerbeteiligung für die Wissenschaftsstadt Darmstadt mit Leben zu füllen.